Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 20 Pfg., bei lokalen Anzeigen 15 Pfg. und 20% Teuerungszuschlag. Reklamezeile 6 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels Kamen

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" Während der Krieges nicht. Monatlicher Bezugspreis 1.10 Mk. durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung G m b H in Kamen Westfalen 10 Fernspr Nr 1

Nr. 74 — Freitag, den 28. März 1919 — 47. Jahrgang

Preußische Landesversammlung.

(Sitzung vom 27. März.)

Vom Abg. Adolf Hoffmann (U. S.) ist ein Antrag eingegangen, den 1. Mai und den 9. November zu Nationalfeiertagen zu erklären. — Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Umlegung von Grundstücken steht zur ersten und zweiten Beratung. Die Vorlage wird angenommen und hierauf die Besprechung der Erklärungen des Staatsministeriums vom 23 März fortgesetzt.

Landwirtschaftsminister Braun: Die einseitig agrarische Interessenvertretung, wie sie von den Freunden des Herrn von Kardorff geübt wird, hat einen starken Gegensatz zwischen der Landwirtschaft und anderen Bevölkerungskreisen hervorgerufen. Sie hat viel zu der gewaltsamen Entwickelung im November beigetragen. Die Landwirtschaft ist der einzige Erwerbszweig, der restlos in allen seinen Gliedern im Kriege gut verdient hat. Unsere 10 ostpreußischen Domänen, die durch den russischen Einfall stark gelitten haben, haben 1917 in unserer Selbstverwaltung dem Staate über eine halbe Million der Einnahmen mehr eingebracht, als sonst im Wege der Verpachtung. Ich hoffe, die landwirtschaftlichen Streiks werden im Volke keinen Boden finden. (Sehr richtig.) Die Regierung ist nach Kräften bemüht, Mittel bereit zu stellen, um die Landwirtschaft leistungsfähig zu gestalten. Sie muß genügend Arbeitskräfte bekommen, aber auch für bessere Arbeiterwohnungen sorgen und höhere Löhne zahlen. Dem ländlichen Schul- und landwirtschaftlichen Fachschulwesen ist also besondere Aufmerksamkeit zu schenken. In der inneren Kolonisation werden wir in einem schnelleren Tempo als bisher vorgehen müssen. — Abg. von Richter (D. Vp.): Der Minister hätte für die treue Arbeit der Landwirtschaft, namentlich der kleinen Bauern, während des Krieges wohl ein Wort der Anerkennung finden können. (Sehr richtig! rechts.) Die Klagen über die ländlichen Wohnungsverhältnisse treffen in dieser Allgemeinheit nicht zu. Wir nahmen mit tiefem Schmerz Abschied vom alten Preußen. Preußen hat seinen Kurfürsten und Königen unendlich viel zu verdanken. Es berührt uns auf das schmerzlichste, daß der Ministerpräsident für die Hohenzollern kein Wort des Dankes gehabt, daß er sie nicht einmal der Erwähnung für wert gehalten hat. Die Verordnung für die Gemeindewahlen ist ungeheuerlich und ungültig. Ein merkwürdiger Vorgang war es, daß uns hier ein Minister vorgestellt wurde für ein Ministerium, das wir noch gar nicht bewilligt haben. Ein Nachteil des parlamentarischen Systems ist eine gewisse Vetternwirtschaft. (Widerspruch.) Die Arbeiter- und Soldatenräte will die Regierung als Behörde erhalten, sie sind aber nichts anderes als Stellen für sozialdemokratische Propaganda, und dafür werden sie vom Staate bezahlt. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Nicht wahr!)

Abg. Schreck (Soz.): Die Sehnsucht nach einem neuen Staate, die Herr von Kardorff zum Ausdruck gebracht hat, kann unserer Waffenstillstandskommission leicht Schwierigkeiten bereiten. Die Angriffe gegen die Arbeiter und Soldatenräte sind sehr ungerecht. Nur der Tätigkeit der Räte haben Sie es zu verdanken, daß Ihnen nicht der rote Hahn auf das Dach gesetzt wurde. Notwendig ist die eilige Demokratisierung der Landesverwaltung. Die Einwohnerwehren dürfen nicht etwa zu Schutzwehren rückständiger Landwirte werden. Die Durchführung des Sozialismus kann nur auf organischem Boden erfolgen, die unter Umständen Jahrzehnte erfordern wird. Jede Gewalt dabei lehnen wir ab. — Abg. Schmedding (Ztr.): In die Ausgaben der vergangenen Monate wird noch gründlich hineingeleuchtet werden müssen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Frage der Entschädigung der A.- und S.-Räte widerspricht allen staatsrechtlichen Grundsätzen. Wir werden das Programm der Regierung, soweit wir es billigen, verwirklichen helfen. (Beifall im Zentrum.) — Abg. Dr. Frentzel (D.): Auch wir fordern vollen Aufschluß über den Verbleib der großen Summen, die unsere Staatsschuld zu ihrer jetzigen Höhe anschwellen ließen. In das Hohe Lied der Arbeit, das der Finanzminister sang, stimmen wir freudig ein. Vor hundert Jahren waren wir ebenso verarmt wie heute. Hoffentlich wird der rechte Weg zum finanziellen Wiederaufbau auch diesmal gefunden.

Ein Regierungskommissar ergänzt die gestrigen Ausführungen des Finanzministers zur Eisenbahn-Tarifreform. Die Tarifreform müßte in der Verordnung durchgeführt werden, weil größte Beschleunigung notwendig war. Der Güterverkehr verteuert sich um 60 Prozent, der Personenverkehr in der 4. Wagenklasse um 25 Prozent, in der dritten Klasse um 50 Prozent, in der zweiten Klasse um 40 Prozent und in der 1. Klasse um 100 Prozent. Dazu treten Schnellzugszuschläge, in der 3. Klasse von 1 bis 3 Mark, in den höheren Klassen von 2 bis 6 Mark. Der Mindestpreis für eine Schnellzugsfahrkarte wird in der 3. Klasse 5 Mark, in der 2. Klasse 10 Mark und in der 1. Klasse 17 Mark betragen.

Abg. Hergt (D.-natl.): Der Vorwurf gegen Herrn von Kardorff, seine Rede sei provokatorisch gewesen, ist unrichtig. Scharf war Herr von Kardorff nur in der Abwehr des Vorwurfes, daß wir die Schuld am Kriege hätten. Das Ausland lauert ja nur auf solche Aeußerungen des Schuldbekenntnisses. (Sehr richtig rechts.) Solange die Schuld bei uns nicht erbracht ist, müssen wir solche Behauptungen mit Entrüstung zurückweisen. Die Revolution war völlig überflüssig, denn vor dem 9. November stand es schon fest, daß die Krone mit einem allgemeinen gleichen Wahlrecht auch für die Frauen einverstanden war, ebenso mit dem parlamentarischen System, mit der Beseitigung der Kommandogewalt des Kaisers. Es wäre also ohne Revolution materiell das Gleiche erzielt worden, wie mit ihr. Der Kaiser wäre in Wahrheit nichts anderes, als ein erblicher Präsident gewesen. Sie haben sich ja verbürgt, daß keine Revolution eintreten würde, wenn die obigen Forderungen erfüllt würden. Wer sich in dieser Weise verbürgt, der kann auch selbst nicht von der Notwendigkeit einer Revolution überzeugt sein. (Sehr richtig! rechts.) Bei den etwaigen Maßnahmen gegen ungehorsame Beamte bitte ich die Regierung, zu bedenken, daß viele Beamte sich noch durch ihren Beamteneid an ihre alte Verfassung gebunden fühlen. Die Konjunktur zu den Friedensverhandlungen ist im Hinblick auf Ungarn jetzt nicht ungünstig. Wir können keine Milliarden Entschädigung auf uns nehmen. Unsere Unterhändler dürfen sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. (Beifall rechts.) — Ministerpräsident Hirsch: Was ich gestern über die Gegenrevolution sagte, war völlig ernst. Sie lauern auf den Augenblick, um die Errungenschaften der Revolution durch reaktionäre Zustände zu ersetzen. Entschieden verwahre ich mich gegen den Vorwurf, etwa ein Schuldbekenntnis am Kriege abgelegt zu haben. Weiß Herr Hergt nichts mehr von der Agitation seiner Freunde gegen die Friedensresolution des Reichstages, für den unbeschränkten U-Bootskrieg und für alle möglichen Annexionen. Die Revolution ist nicht gemacht worden, sie war eine natürliche Folge der Kriegspolitik, die gemacht worden ist. Richtig ist, daß schon vor dem 9. November ein Antrag mit weitgehenden Zugeständnissen an die Demokratie vorbereitet worden ist, aber es kam eben zu spät, die Revolution war nicht mehr aufzuhalten. Den politischen Beamten gestehen auch wir das Recht der freien politischen Meinungsäußerung zu. Wir können aber nicht dulden, daß sie die Maßnahmen der Regierung durchkreuzen. — Finanzminister Dr. Südekum: Wir haben zum Teil Lasten übernommen, die sich aus den Unterlassungen der früheren Regierung erklären. Das gilt insbesondere von den Aufbesserungen der Arbeiter und Beamten. Hätte die frühere Regierung die berechtigten Forderungen auf diesem Gebiet erfüllt, dann wäre uns manche schwere Stunde erspart geblieben. Uebertriebenen Lohnforderungen hätte dagegen ein Ziel gesetzt werden müssen. Es ist das Schicksal eines Finanzministers, sich unpopulär zu machen. Ich habe den Mut, dieses Schicksal auf mich zu nehmen. Die Verwirrung in der Lohnbewegung ist durch die Hungerblockade hervorgerufen worden, die nicht nur der Menschlichkeit, sondern auch dem Völkerrecht widerspricht. England trifft mit der Vorwurf der Barbarei, da es nicht wenigstens nach Beendigung der Feindseligkeiten die Blockade aufhob. (Sehr richtig!) Zur Sozialisierung sind nur gewisse hochentwickelte Industrien reif, andere werden heranreifen. Wir werden nicht diejenigen Besitzenden strafen, die ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllten und diejenigen schonen, die etwa ihr Geld indessen in Schiebergeschäften anlegten.

Die Beratung wird abgebrochen. Ein Antrag der Unabhängigen, dahin zu wirken, daß der von den Engländern verhaftete Abgeordnete Beller aus Solingen schleunigst freigelassen werde, wird einstimmig angenommen. — Nächste Tagung Freitag.

Nationalversammlung.

(Sitzung vom 27. März.)

Auf der Tagesordnung stehen der vierte Nachtragsetat für 1918 und der Notetat für 1919.

Reichsminister Schiffer begründete beide Vorlagen unter Hinweis auf ihren vorläufigen Charakter. Hoffentlich bringen schon die nächsten Wochen klare und endgültige Verhältnisse. Aber im Interesse einer besseren Uebersicht und nicht zuletzt aus der Erwägung, die Durchsichtigkeit unserer Finanzen auch nicht einen Tag verschleiern zu lassen, seien die Vorlagen dem Hause unterbreitet worden. — Abg Schulz-Ostpreußen (Soz.): Jedesmal wenn die politische Entwickelung einen etwas ruhigeren Gang anzunehmen schien, kamen Bedrohungen von innen und außen. Gegen einen Bolschewismus, der mit Handgranaten zu überzeugen versucht, verlangen wir, daß der Staat seine stärksten Machtmittel anwendet. Das gleiche erwarten und verlangen wir von ihm bezüglich der Gefahr, die von rechts droht. Wir Sozialdemokraten haben die Revolution nicht gewollt, wir haben gewünscht, daß freie Bahn auch ohne die Gewalttätigkeit einer Revolution geschaffen worden wäre. Soweit sie aber einmal da war, gilt und galt es für uns Sozialdemokraten, diese den Interessen des deutschen Volkes dienstbar zu machen. Trotz der trüben Gegenwart verzagen wir nicht und sind der festen Ueberzeugung, man wird dereinst die Revolution preisen. An die Regierung richte ich die Frage, ob die Erklärung des russischen Volksbeauftragten Tschitscherin richtig ist, daß deutsche Truppen den linken Flügel einer großen Offensive gegen Rußland darstellen, die offenbar im Auftrage der Entente unternommen sei. Ich beantrage die Ueberweisung des Nachtragsetats an den Ausschuß. — Reichswehrminister Noske: An den Kämpfen im Baltikum sind hauptsächlich lettische und litauische Truppen beteiligt. Es besteht zwischen der Obersten Heeresleitung, mir und der Reichsregierung Uebereinstimmung darüber, daß von den deutschen Truppen keine Offensivbewegungen in Kurland und Litauen unternommen werden. Eine gewisse Sicherung der Ostgrenze wird allerdings noch erforderlich sein, aber die Regierung ist nur von dem lebhaftesten Wunsche erfüllt, auch mit Rußland in Frieden und guter Nachbarschaft zu leben. — Abg. Mayer-Baden (Z.): Mit der Sanierung der Reichsfinanzen muß bald begonnen werden. Wenn wir hier schrittweise vorgehen, wird sich langsam wieder der Wert der deutschen Mark heben, von dem wir annehmen, daß er jetzt den tiefsten Stand erreicht hat. Mit dem Grundgedanken der Rede des Ministerpräsidenten sind wir durchaus einverstanden. Wir sind bereit, die 14 Punkte Wilsons restlos und loyal zu erfüllen. Den Vorfällen in Berlin am letzten Sonntag legen wir nicht die Bedeutung bei, die ihnen der Ministerpräsident zugesprochen hat.

Abg. Graf Posadowsky (D.-N.): Bei der Schuldenlast des Reiches müssen auch die Besitzenden herangezogen werden, aber die Besteuerung des Vermögens und Einkommens darf nicht bis zur Enteignung gehen. Der Ministerpräsident hat gestern die Teilnehmer der Versammlung im Zirkus Busch scharf angegriffen, die das vaterländische Ziel hatte, Protest gegen die Zerstückelung Deutschlands zu erheben. Kann der Ministerpräsident sich wundern, wenn un er den Verhältnissen der Revolution weite Kreise des Volkes sich nach dem Zustande vor der Revolution zurücksehnen? Der Ministerpräsident sollte seine Tatkraft lieber verwenden gegen die Bestrebungen, die ihn sonst bedrohen. Die A.- und S.-Räte bilden ein Nebenparlament, das die Regierung neben der Nationalversammlung nicht dulden darf. Die gestrige Rede des Ministerpräsidenten enthält so ungeheuerliche Anschuldigungen, daß die Deutsch-nationale Volkspartei ihm erklärt: In dem schärfsten Protest gegen die maßlosen Forderungen der Entente gehen wir mit der Regierung einig. Staatsmännische Weisheit hatte nun alles darauf eingestellt, die sämtlichen Kräfte der Nation zur einheitlichen Abwehr zusammenzuschließen. Statt dessen hat der Ministerpräsident in den Herzen von Millionen Deutscher tiefste Empörung hervorgerufen. Deutschlands Zukunft verlangt an der Spitze der Regierung einen Mann, der den Empfindungen der ganzen Nation gerecht zu werden versteht. Keinen bloßen Parteimeier, der für nationale Bewegungen nur soweit Verständnis empfindet, als sie sich im Rahmen seines Parteiprogramms bewegen. (Große Unruhe und Rufe: Unerhört! Frechheit!) Würde man im Auslande über Offiziere, die ihr Leben in die Schanze geschlagen haben, in so wegwerfendem Tone sprechen, wie es die deutsche Regierung getan hat? Welche Verachtung ladet man vor der ganzen Welt auf Deutschland, wenn ein General, dessen unvergleichliche Pflichttreue und gewaltige Leistungen niemand anzutasten wagt, von Ministern so geringschätzig und feindselig behandelt wird. Der Staatsgerichtshof, der in Aussicht gestellt wurde, ist kein unparteiischer Gerichtshof, sondern ein Gericht, dem der Ministerpräsident selbst schon den Weg zu seinem Urteil mit den Worten von Landesverrat vorgezeichnet hat. Wir werden uns durch keine Drohungen abhalten lassen, unsere politische Pflicht zu tun und die Regierung zu bekämpfen, da wir der Ansicht sind, daß sie und ihre Maßregeln schädlich sind. — Abg. Dr. Pachnicke (D.): Die Parteien der Rechten sollten nicht den ursächlichen Zusammenhang von Krieg und Revolution vergessen. In der Sozialisierung werden wir eine Grenze zu ziehen wissen. Wir haben in der Rede des Ministerpräsidenten nichts Unwürdiges und auch nichts Ungeheuerliches gefunden. Er hat die monarchistischen und militärischen Demonstrationen mit Recht verurteilt. Das Ausland benutzt solche Vorgänge zum Beweis für die Behauptung, daß bei uns der Geist des Militarismus nicht erstorben ist. Darin liegt die Gefahr solcher Vorgänge. Jetzt ist der Augenblick nicht gekommen, Herr Graf Posadowsky, um für eine überwundene Staatsform zu demonstrieren. Jetzt, wo wir in die Friedensverhandlungen eintreten, gilt es, zusammenzuhalten.

Abg. Haase (Unabh.): Der Notetat stellt uns vor die Frage, ob wir der Regierung Vertrauen schenken können. Die politischen Zustände sind schlimmer als in der Kriegszeit. Es ist meiner Partei niemals eingefallen, dem deutschen Volk das Recht zum Protest gegen die Gewalttätigkeiten abzusprechen. Aber die Anstifter und Stützer der deutschen Gewaltpolitik sind allerdings zu solchem Protest schlecht legitimiert. Es muß unsere Aufgabe sein, so rasch wie möglich den Verkehr mit den Völkern im Osten wieder aufzunehmen. Die Weltrevolution ist im Gange. Aber sie wird sich nicht in allen Ländern nach dem russischen Schema vollziehen. Wirklicher Sozialismus allein ist die Befreiung der Menschheit. — Reichswehrminister Noske: Wir wünschen ein gutes Verhältnis zu Rußland. Rußland verlangt aber von uns, daß wir vorher bolschewistisch werden. Solche Gemeinheiten, wie sie in Halle an dem Oberstleutnant von Klüber vorgekommen sind, müssen natürlich entsprechende Gegenwirkungen auslösen. Das bedauern wir, wir lehnen aber die Verantwortung dafür ab. Dem Urteil Haases über die Truppen stelle ich das Urteil von Leuten entgegen, die mir viel kompetenter erscheinen; die loben die Truppen. General v. Lettow-Vorbeck ist 1½ Stunden nach seinem Einzuge in Berlin bei mir gewesen und hat mir erklärt, daß er und seine Leute in Ostafrika zwar unendlich Hartes haben erdulden müssen, daß aber angesichts der entsetzlichen Notlage des Reiches sie sich unbedingt hinter die Regierung stellen wollten, um dafür zu sorgen, daß endlich Ruhe und Ordnung in unserem gequälten Lande herbeigeführt werden. Dafür habe ich dem General v. Lettow-Vorbeck gedankt, und ich wiederhole hier diesen Dank. (Stürm. Beifall.) In wenigen Tagen werden wir Material veröffentlichen und zeigen, wie die Leute, für die Herr Haase sich begeistert, mit Soldaten in Berlin umgegangen sind. Ich beklage die Schrecknisse des Bürgerkrieges, aber ich klage an die Brandstifter, und das sind Herr Haase und seine Freunde. Auf ihr Haupt komme das Blut, das vergossen wurde. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen, Lärm bei den Unabhängigen; Präsident Fehrenbach rügt den Ausdruck „Brandstifter".) — Abg. Becker-Hessen (D. Vpt.): Dem Protest des Ministerpräsidenten gegen die Forderungen der Entente schließen wir uns an. Was die Vorgänge in Berlin anbelangt, so stehe ich nicht an, zu erklären, daß meine politischen Freunde in Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der Offiziere die Kundgebung des Nationalbundes deutscher Offiziere nicht billigen; schärfste Verwahrung aber müssen wir einlegen gegen die Art und den Ton, in dem der Ministerpräsident gesprochen hat. Dem Staatsgerichtshof werden wir nur zustimmen, wenn er auf der Grundlage der Gerechtigkeit beruht. — Ministerpräsident Scheidemann: Man hat sich über meinen Ton beschwert, in Wirklichkeit hat den Herren der Inhalt meiner Rede nicht gefallen. Ich habe auch die Offiziere nicht beschimpft, sondern immer nur von einem Teil der Offiziere gesprochen. General Ludendorff hat den Gerichtshof ja selbst verlangt. Wir hatten uns mit der Frage längst beschäftigt. Nach den Vorkommnissen haben wir uns gesagt: Wenn er ihn selber verlangt, dann soll er ihn haben. Selbstverständlich muß der Staatsgerichtshof ganz objektiv und unabhängig urteilen. Die Republik gibt jeder Meinung Freiheit, aber Vorrechte, wie sie die Spartakisten und die Herren um Posadowsky fordern, können niemals eingeräumt werden.

Die Vorlagen gehen schließlich an den Haushaltsausschuß. — Nächste Sitzung Freitag.

Die Entstehung des deutschen Waffenstillstandsangebots.

Wolff meldet: Verschiedene Presseäußerungen der letzten Tage, die sich mit der Entstehung des deutschen Waffenstillstandsangebots beschäftigen, nötigen noch einmal zu folgender Feststellung:

Das Waffenstillstands- und Friedensangebot vom Anfang Oktober wurde, wie die jetzt veröffentlichten drei Telegramme Ludendorffs vom 1. Oktober 1918 beweisen, durch die Oberste Heeresleitung veranlaßt. Prinz Max von Baden sträubte sich gegen die Zumutung, sofort bei seinem Amtsantritt an die Feinde mit einem Waffenstillstandsangebot heranzutreten, heftig. Sein Widerstand wurde durch die immer erneuten Hinweise der Obersten Heeresleitung auf eine drohende militärische Katastrophe gebrochen. Es ist aber auch unrichtig, daß die Oberste Heeresleitung Anfang Oktober immer wieder betont hatte, die Westfront würde gegebenenfalls imstande sein, dem Feinde weiterhin Widerstand zu leisten. In dem Telegramm Ludendorffs vom 1. Oktober steht davon kein Wort. Aber auch das Schreiben Hindenburgs, auf dessen Bekanntgabe eine Pressenotiz der T. U. so großes Gewicht legte, enthält davon nichts. Wir veröffentlichen hiermit den bisher unbekannten Brief des Generalfeldmarschalls vom 3. Oktober 1918, der ein ungeschminktes Bild von der Lage gibt, die Prinz Max von Baden bei seinem Amtsantritt vorfand:

An den Reichskanzler! Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am 29. September gestellten Forderung einer sofortigen Herausgabe eines Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front und der dadurch notwendig gewordenen Schwächung der Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, den Feinde den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht. Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten

te Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

gez. von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Auf Grund dieses sachverständigen Urteils mußte jede der Verantwortung sich bewußte Regierung im Interesse des blutenden Heeres ein Waffenstillstandsangebot erlassen. Es stand jedoch von vornherein fest, daß nur das Wilsonsche Programm die Grundlage eines später abzuschließenden Friedens bilden konnte. Von dieser Grundlage wich bisher weder die Regierung des Prinzen Max von Baden noch die Regierung der Revolution ab.

Die Tragödie von Spaa.

Zu den Novembervorgängen veröffentlicht die Deutsche Zeitung, wie bereits kurz mitgeteilt, einige Schriftstücke. Der Kaiser schrieb an den Kronprinzen eigenhändig: „Mein lieber Junge! Nachdem der Feldmarschall mir gemeldet hat, daß er meine Sicherheit im Hauptquartier nicht mehr verbürgen könne und auch die Truppen nicht mehr zuverlässig seien, entschloß ich mich nach einem schweren inneren Kampfe, das zusammengebrochene Heer zu verlassen und nach Holland zu gehen. Ich rate Dir, bis zum Abschluß des Waffenstillstandes auf Deinem Posten auszuharren. In Berlin bekämpfen sich unter Führung von Ebert und Liebknecht zwei Regierungen. Hoffen wir auf ein Wiedersehen in besseren Zeiten. Dein treuer, tiefgebeugter Vater Wilhelm."

Am 11. November vormittags ließ der Kronprinz bei der Revolutionsregierung anfragen: Der Kronprinz hat den dringenden Wunsch, auf seinem Posten zu bleiben, um wie jeder andere Soldat, seine Pflicht zu tun. Er wird das Heer in straffer Disziplin und Ordnung in die Heimat zurückführen und verpflichtet sich, in keiner Weise in dieser Zeit gegen die jetzige Regierung etwas zu unternehmen. Wie stellt sich die Regierung zu dieser Frage?

Am 12. November lief die Antwort ein. Nach einem Vortrage des Kriegsministers Scheuch müsse die Regierung die Anfrage des Kronprinzen verneinend beantworten. Infolge der Antwort legte der Kronprinz den Oberbefehl durch ein Schreiben an den Generalfeldmarschall von Hindenburg nieder, in dem er noch einmal seine Stellungnahme in kurzen Zügen darstellt. Er schreibt u. a.: Im Gegensatz zu den vielen ungerechten Stimmen, die mich von jeher als Kriegshetzer und Reaktionär hinzustellen bemühten, habe ich von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß der Krieg für uns ein Verteidigungskrieg war. Immer wieder habe ich 1916, 1917 und 1918 den maßgebendsten Persönlichkeiten gegenüber betont, daß Deutschland mit allen Mitteln das Ende des Krieges suchen und froh sein müsse, wenn es sich gegen die ganze Welt auf seinem status quo behaupten kann. Seit Jahr und Tag habe ich in vielen Unterredungen mit Ludendorff einem weisen Verständigungsfrieden das Wort geredet und die Auffassung vertreten, daß die Gelegenheit dafür da günstig war, als wir vor und auch während der Frühjahrsoffensive machtvoll und kraftvoll dastanden. Innerpolitisch war ich der letzte, der sich dem freiheitlichen Ausbau unseres Staates verschloß. Diese Auffassung habe ich auch Prinzen Max von Baden noch vor wenigen Tagen schriftlich dargetan. Trotzdem ging man über mich als Kron- und Thronfolger einfach zur Tagesordnung über, ein Verzicht wurde von mir weder gefordert, noch geleistet. Der Kronprinz legt gegen diese Vergewaltigung seiner Person, seiner Rechte und seiner Ansprüche Verwahrung ein und erklärt weiter: Angesichts des Bescheides der Regierung glaube ich solange auf meinem Posten geblieben zu sein, wie es meine Ehre als Offizier und Soldat mir vorschrieb. Ich schließe mit den heißen Wünschen, daß unser geliebtes Vaterland aus den schweren Stürmen den Weg der inneren Gesundung und einer neuen besseren Zukunft finden möge.

Die Schuld am Kriege.

(W) Amtlich. Bereits im November 1918 hatte die deutsche Regierung durch Vermittlung der schweizerischen Regierung den Regierungen der Entente vorgeschlagen, zur Feststellung der Schuld am Kriege eine internationale Kommission einzusetzen. Da eine Antwort auf diesen Vorschlag nicht erfolgte, wurde er im Januar wiederholt. Am 7. 3. teilte die schweizerische Regierung der deutschen Gesandtschaft in Bern mit, daß sie vom britischen Gesandten folgende Mitteilung erhalten habe: Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichten, daß die Regierung S. M. der Meinung ist, daß es zwecklos sei, auf den deutschen Vorschlag irgend eine Antwort zu geben, da nach Meinung der verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt worden ist. Die deutsche Regierung ließ daraufhin der schweizerischen Regierung durch die deutsche Gesandtschaft in Bern folgende Note zustellen: In Beantwortung des Schreibens vom 7. 3 bittet die deutsche Gesandtschaft das schweizerische politische Departement, durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft in London der britischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß die deutsche Regierung gegen die in dem Schreiben der britischen Regierung wiedergegebene Auffassung der Alliierten nachdrücklich Verwahrung eingelegt habe. Wenn in diesem Schreiben erklärt wird, der deutsche Vorschlag auf Einsetzung einer neutralen Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege bedürfe keiner Antwort, weil die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt worden sei, so maßen sich die Alliierten an, Ankläger und Richter zugleich zu sein und zwar in einer Sache, in der sie z. T. gleichfalls der Schuld geziehen werden. Deutschland kann den Urteilsspruch in dieser Frage nur anerkennen, wenn er von einer Stelle ausgeht, der das gesamte Aktenmaterial beider Parteien zur Verfügung steht.

Die Ententeberatungen in Paris.

Nach dem diplomatischen Situationsbericht befinden sich gestern entsprechend der neuen Wendung nur Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando. Diese Zusammenkünfte der Regierungschefs sollen fortgesetzt werden, bis die großen Fragen, die einem schnellen Friedensschluß im Wege stehen, gelöst sind. Die Mitteilungen an die Presse sollen eingeschränkt werden. Das wichtigste zu lösende Problem bietet die Wiederaufmachung der Kriegsschäden. In der ersten Zusammenkunft ist über die meisten Punkte, außer der Höhe der von Deutschland zu verlangenden Entschädigung, eine Einigung erzielt. Die Sachverständigen sind sich über die Höhe der Zahl nicht einig. Zweifellos kam die ungarische Revolution und das Umsichgreifen des Bolschewismus zur Sprache. Nach der Verhandlung der Wiedergutmachungen wurden die Fragen der deutsch-französischen Grenze geregelt. Wird auch nach einem baldigen Friedensschluß getagt, so bleibt doch noch eine ausgedehnte Redaktionsarbeit zu erledigen. Auch die Artikel des Völkerbundsvertrages werden eine neue Fassung erhalten.

Drohung mit dem Abbruch des Waffenstillstandes.

(TU) In parlamentarischen und der Regierung nahestehenden Kreisen war gestern nachmittag hartnäckig das Gerücht verbreitet, die Ententeregierungen hätten an die deutsche Regierung ein Ultimatum gerichtet, in dem die Zustimmung Deutschlands zu einer Landung polnischer Truppen in Danzig gefordert wird. Die Entente habe, so lauten die Gerüchte weiter, gedroht, den Waffenstillstand abzubrechen, falls Deutschland mit dieser Forderung nicht einverstanden sein sollte. Diese Nachricht scheint in vollem Umfange zuzutreffen. Als feststehend kann gesagt werden, daß die Entente an die deutsche Regierung wegen der Frage der polnischen Truppenlandung eine Note gerichtet hat. Die Antwortnote der deutschen Regierung ist bereits fertiggestellt und wird der Entente zugehen. Da an maßgebenden Stellen tiefstes Stillschweigen beobachtet wird, ließ sich bis zur Stunde nichts Näheres ermitteln.

Präliminarfriede und Völkerbund.

(TU) Wie das Bureau „Europa Preß" erfährt, soll die deutsche Friedensdelegation in etwa zwei Wochen nach Paris oder einem anderen Orte eingeladen werden, um die Bedingungen des Präliminarfriedensentgegenzunehmen. Gleichzeitig sollen die Delegierten von der Gründung des Völkerbundes in Kenntnis gesetzt werden. Hierbei werden ihnen auch Mitteilungen über die Aufnahme in den Völkerbund gemacht werden, die mit der Ausführung der Friedensbedingungen im Zusammenhang stehen. In dem Entwurf wird auch die Verwaltung der Rheinprovinz durch den Völkerbund bis zur Erfüllung aller Bedingungen durch Deutschland vorgesehen. Die Deutschen werden aufgefordert werden, den Vorfriedensvertrag zu unterzeichnen, jedoch soll dies nicht bezüglich des Völkerbundentwurfes gelten. Für die Annahme des Vertrages wird man Deutschland eine Frist von drei Wochen stellen, in der die Nationalversammlung gefragt werden kann. Ende April erwartet man Deutschlands endgültige Entscheidung.

Die versprochenen Lebensmittel.

Die so lange versprochenen Lebensmittel der Entente, mit denen uns reichlich oft der Mund wässerig gemacht worden ist, scheinen nun wirklich in greifbare Nähe zu rücken. Diese dem ausgehungerten Magen besonders frohe Botschaft ist aber leider nicht so aufzufassen, als sei in einigen Tagen alle Not zu Ende. Die einzuführenden Mengen dienen zunächst nur zur Aufrechterhaltung unserer bisherigen Lebensmittelrationen. Eine Abgabe von Waren an den freien Handel aus diesen Lieferungen wird nicht stattfinden, da die Lebensmittel gleichmäßig an die Bevölkerung verteilt werden sollen. Zu diesem Zwecke hat eine Kommission aus Mitgliedern des Reichsernährungsamts und anderen Behörden Aufenthalt in Rotterdam genommen. Diese prüft die angelieferten Lebensmittel auf ihre Güte und verteilt sie dann an die einzelnen Bundesstaaten und Kommunalverbände. In erster Linie werden die Industriegebiete und Großstädte beliefert, da dort die Not am größten ist. Ob jedoch die in Aussicht stehenden Mengen so groß sein werden, daß sie einen Zuschuß über die jetzige Ration gestatten, hängt vom Umfange der Zufuhren ab. Wir werden gut tun, uns in dieser Beziehung keinen allzu großen Hoffnungen hinzugeben. Werden die versprochenen Lebensmittel in vollem Umfange geliefert, so werden wir einen gewissen Ueberschuß haben, der es möglich macht, für Ende April oder Mai der Bevölkerung etwas mehr geben zu können, als die jetzige knappe Ration. Jedoch sind bis zur Stunde die Aussichten hierfür noch ungewiß. Jedenfalls werden die Getreidemengen eine Verbesserung des Brotes gestatten. Sobald das ausländische Brotkorn eintrifft, wird auch das inländische Getreide nur noch zu 80 Prozent ausgemahlen werden, wodurch das Brot nahrhafter wird und gleichzeitig Kleie als Viehfutter abgegeben werden kann. — Ueber das amerikanische Fleisch und den Speck kann vorläufig nur gesagt werden, daß es sich in der Hauptsache um Dörr- und Pökelfleisch handeln wird. Der Speck ist roh gesalzen. Er ist uns nicht ganz unbekannt, da er im ersten Kriegsjahre in verschiedenen Gemeinden zum Verkauf kam. Unsere Hausfrauen schmolzen ihn damals und verwandelten ihn in Brotaufstrich.

Tagesereignisse.

— **(Geplanter Anschlag gegen Wilhelm II.)** Der „Daily Expreß" meldet aus Amerongen: Vor einigen Tagen herrschte große Erregung in dem kleinen Orte. In der letzten Nacht kamen zwei Briefe an, worin der Exkaiser an seinem Leben bedroht wurde. Ein Brief war aus Amsterdam, der zweite aus Belgien. Den Briefen folgte ein Telegramm von einem persönlichen Freunde des Kaisers, der ihn warnte, da sein Leben in Gefahr sei. Die lokale Wache blieb daraufhin während der ganzen Nacht voll bewaffnet im Dienst. Aus den benachbarten Bezirken wurden Verstärkungen verlangt. Ueber die ganze Affäre wird aber von den Gastfreunden des Kaisers strengstes Stillschweigen bewahrt.

— **(Erkrankung Kaiser Wilhelms.)** Nach einer Meldung aus Amerongen ist Exkaiser Wilhelm erkrankt. Man sieht ihn täglich im Schloßgarten langsam spazieren gehen, das Gehen scheint ihm sehr schwer zu fallen, andauernd muß er diese kleinen Spaziergänge unterbrechen und ruhen. Ein Stuhl wird ihm auf allen seinen Gängen hintergetragen.

— **(Danzig den Polen zugesprochen?)** Aus London wird gemeldet: „Daily Expreß" berichtet aus Paris, daß der Rat der Zehn beschlossen habe, Danzig an Polen zu geben. — In Paris zirkulieren sonderbare Gerüchte über die Heimschaffung der polnischen Truppen über Königsberg. Das Blatt sagt in diesem Zusammenhang, es könne natürlich nicht davon die Rede sein, daß Königsberg als absolut deutscher Hafen den Polen gegeben werden könnte.

— **(Englische Stimmen gegen die polnischen Ansprüche.)** Die englische Arbeiterpartei erklärte sich gegen die Zuteilung von Danzig oder rein deutscher Gebiete an den neuen polnischen Staat. In der Sitzung der liberalen Unterhauspartei sprach Asquith gegen die polnischen Ansprüche auf Danzig und Westpreußen und kündigte die Opposition der Liberalen gegen einen Friedensvertrag dieser Art an.

— **(Kein besserer Wunsch als Ablehnung des Friedens.)** Nach einer Havasmeldung erklärte „Eclair", Frankreich könne sich nichts Besseres wünschen, als daß der von der Entente vorbereitete Friede von den Deutschen abgelehnt würde. In diesem Falle würde Foch in Frankfurt (Main) einrücken und mit seinen Truppen das Ruhrbecken besetzen. Das mit Erzen versorgte Essen werde dann für französische Rechnung arbeiten. Aachen ist ein großes industrielles Zentrum; die reichsten Gegenden Deutschlands lägen in greifbarer Nähe Frankreichs. An Stelle der regelmäßigen Kriegsentschädigung würden sie die Lieferanten Frankreichs.

— **(Die Kamerunhäuptlinge halten fest zu Deutschland.)** Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß in Madrid aus Fernando Po eine Bittschrift von 117 Kamerunhäuptlingen eingegangen ist, in der diese auch namens ihrer Landschaften den König von Spanien bitten, für die Rückgabe Kameruns an Deutschland einzutreten. In dieser Bittschrift wird außerdem betont, daß die große Mehrzahl der Kameruneingeborenen sich mit dem Wunsche der 117 Häuptlinge identifizieren und nur aus Furcht vor der Rache der Engländer und Franzosen diesen Wunsch nicht zum Ausdruck zu bringen wagen. Die Bittschrift, deren auch von einem Teil der spanischen Presse bereits Erwähnung getan ist, und zwar in befürwortendem Sinne, stellt einen neuen bemerkenswerten und wertvollen Beweis für die Grundlosigkeit der Anklagen unserer Gegner über angebliche schlechte Behandlung der Eingeborenen dar.

— **(Rumänien bittet um Ententehilfe.)** Die „Information" meldet aus Paris: Rumänien wendet sich wiederholt dringend an die Ententeregierungen um Hilfe, da die Bolschewisten Rumänien von allen Seiten überfluten. Die Alliierten drahteten daraufhin, daß Vorbereitungen zum Schutze Rumäniens getroffen seien.

Den Wiener Abendblättern zufolge befinden sich die Rumänen in Bessarabien auf dem Rückzuge. Die Bolschewisten rückten in der Linie Ismail Reni vor.

— **(Die Frage der Arbeiterräte.)** Im Verfassungsausschuß erklärte Reichsminister Dr. Preuß, daß die Vorlage über die Einführung der Arbeiterräte in die Verfassung noch nicht festgesetzt, aber jedenfalls beabsichtigt sei, den Arbeiterräten eine Vertretung im Reichsrat zu geben.

— **(Stillegung der metallindustriellen Betriebe Lübecks.)** Infolge Aufforderung des Arbeitgeberbundes der Metallindustriellen und des Metallarbeiterverbandes, die industriellen Betriebe wegen des Streiks der Angestellten und dadurch bedingten Gefahr für die Werke und die ohne Leitung arbeitenden Arbeiter zu schließen, sind sämtliche Groß- und mittleren Betriebe der Metallindustrie Lübeck stille gelegt worden. Die Arbeiter wurden nach Hause geschickt. Sie erhalten für die nächsten 14 Tage ihren bisherigen Lohn weiter, gelten dann aber als entlassen, wenn bis zu dieser Zeit der Streik der technischen und kaufmännischen Angestellten nicht beigelegt worden ist. Die Parteien sind vor den A- und S.-Rat gerufen worden, der vermittelnd eingreifen will. Die Angestellten haben in den letzten Tagen ihre Forderungen erhöht. Zweifelsohne wird das Vorgehen in Lübeck je nach seinem Ausgang das Signal zu ähnlichen Angestelltenbewegungen in ganz Deutschland sein. Dies geht aus Aeußerungen der ausständigen Führer der Bewegung klar hervor. — Der große Angestelltenstreik der Lübecker Industriellen ist gestern durch beiderseitiges Nachgeben beendet worden. Auch die Lohnbewegung der Arbeiter der Metallindustrie ist gütlich beigelegt worden.

— **Die Stadtverordnetenwahlen in Posen** hatten folgendes Ergebnis: Deutsch-bürgerliche 11 Kandidaten polnische Sammelliste 41 Kandidaten, deutsche Sozialdemokraten 1, jüdischer Volksrat 1, polnische Sozialisten kein Kandidat.

Die geborene Krause.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

24. Fortsetzung.

Aber als sie allein war in ihrem repräsentablen Empfangszimmer, da war sie nicht mehr die gelassene, kühle Rosemarie, sondern das gekränkte, tief verletzte Weib, und in einem heißen Tränenstrom suchte sie Befreiung von der qualvollen Spannung und Enttäuschung der letzten Stunde.

Wie hatte sie mit Herzklopfen auf das erste Begegnen gewartet, auf das freudige, überraschte Aufleuchten in seinen Augen bei ihrem unvermuteten Anblick!

„Sie hatte geglaubt, er würde ihr dankbar sein, daß durch sie das ihm auferlegte Opfer leichter wurde, und statt dessen zeigte er ihr so unverhohlen seine Geringschätzung, daß sie am liebsten voll zorniger Empörung „nein" gesagt.

Aber was dann?

Ihr Vater würde dann keine Rücksicht mehr genommen, würde die ganze Familie — ihn inbegriffen — ins Unglück gebracht haben, und diese Schmach hätte er nicht überlebt.

Sie mußte für eine Weile sich fügen. Später konnte dann immerhin ein Arrangement getroffen werden, daß man sich aus dem Wege ging.

Schmerzlich sinnend saß sie da. Wie liebte sie ihn doch! Jetzt, da sie ihn wiedergesehen, wußte sie: außer ihm gab es keinen mehr auf der Welt für sie — — freudig hätte sie für ihn ihr Leben hingeben können.

Und sie hatte an jenem Tage in Garmisch auch gefühlt, daß sie ihm nicht gleichgültig geblieben war — seine Augen, seine Worte hatten ihn verraten. Und als er sie geküßt — sie errötete, als sie daran dachte. Oder war es dieser Kuß, der ihn mit Abneigung gegen sie erfüllte, war sie ihm zu schnell entgegengekommen? Ein Mädchen, das sich von einem fremden Mann so leicht küssen ließ, das paßte nicht zu einer Gräfin Laubenberg. Tiefe Scham erfüllte sie jetzt. Wenn es das gewesen wäre? Nein, nein, das war es doch nicht.

Nur die Art, wie man ihn zu einer unerwünschten Verbindung gezwungen, das hatte ihn mit gerechtem Groll erfüllt. Und er glaubte sie mit daran beteiligt, vielleicht sogar als treibende Kraft, weil ihr Ehrgeiz sie die Bauerntochter, anstachelte, in die vornehme Gesellschaft zu kommen!

Daß er das denken konnte! Von ihr!

*

Am nächsten Sonntag kam Hans Eckardt Laubenberg. Er brachte ihr Blumen mit, wundervolle, zartrosa Rosen. Zum Willkommen küßte er ihr die Hand.

„Bitte, Her Graf, lassen Sie das, unter Geschäftsleuten ist das nicht üblich", bemerkte sie kühl. „Meinen Dank für die Blumen, doch meine ich, auch das ist überflüssig."

Er biß sich auf die Lippen.

„Wie Sie meinen. Selbstverständlich werde ich mich nach Ihren Wünschen richten, mein gnädiges Fräulein."

Dr. Gottlieb Krause war bereits anwesend. In aller Form machten sich die Herren gegenseitig bekannt. Daß sie früher, als ziemlich gleichaltrige Knaben miteinander gespielt, wurde nicht erwähnt. Dem gewandten, verbindlichen Wesen des Arztes gelang es, wenigstens etwas die Steifheit und Gezwungenheit, die über dem kleinen Kreise lag, zu mildern.

Man ging zu Tisch. Hans Eckardt bot seiner Base den Arm, als sie nur leicht die Finger darauf legte.

Der ovale Eßtisch war mit blendendweißem Damast und schönem Porzellan geschmückt. Sparsam verteilte Blumen erhöhten durch ihre sanftfarbigen den Reiz der Tafel.

Hans Eckardt hatte bisher nichts in den Räumen gefunden, was ihm plump, aufdringlich und geschmacklos wirkte; alles war mit feinem Stilgefühl und Sinn ausgesucht und zusammengestellt. Man mußte sich in der behaglichen, gut bürgerlich eingerichteten Wohnung heimisch fühlen.

Auch mußte er sich gestehen, daß seine „Schwiegereltern", wie er mit bitterem Hohn dachte, mit Ehren bestehen konnten. Die Mutter war von beinahe zierlich zu nennender Gestalt, deren Gesicht Spuren früherer Schönheit zeigte, die sie wohl auf die Tochter vererbt hatte.

Der alte Krause behauptete sich durch seine markante Persönlichkeit überall; sein Kopf, ein richtiger Charakterkopf, wirkte ungemein durch die wie gemeißelten, sehr ausgeprägten Gesichtszüge.

Der Arzt glich ihm wenig; es lag das wohl hauptsächlich an dem Gesichtsausdruck, der bei Gottlieb voller Güte war und nicht die geringste Spur von Eigensinn und Verbissenheit aufwies. Seine hohe, schöngebildete Stirn verriet große Intelligenz; die klugen, grauen Augen blickten scharf beobachtend, dabei voll warmer Herzlichkeit. Ein sorgfältig gepflegter dunkelblonder Spitzbart verdeckte sein Kinn.

Das Mahl war tadellos ausgewählt und zubereitet und wurde von einem Lohndiener serviert. Die Weine waren hervorragende Gewächse, doch lösten sie den Bann nicht, der über der kleinen Tafelrunde lag; man wurde nicht warm. Ein Trinkspruch auf die Neuverlobten wurde nicht vom Bruder der Braut ausgebracht; Rosemarie hatte sich das verbeten, was Gottlieb begreiflich fand. Ihm war des Vaters Handeln so unsympathisch wie nur irgend etwas gewesen. Es hatte sogar zwischen ihnen beiden eine heftige Auseinandersetzung darob gegeben, dennoch hatte er den Vater nicht umgestimmt, dessen Rachegedanken waren mächtiger als alles gewesen.

Gottlieb bestellte Grüße von der Komtesse Angersbach. „Sie wünscht dich kennen zu lernen, Rose, und hat mich gebeten, dich ihr im Laufe der nächsten Tage zu bringen; sie ist sehr neugierig auf ihre zukünftige Schwägerin, soll ich dir sagen."

Auf den verwunderten Blick Hans Eckardts erzählte er ihm, daß er dort Hausarzt sei und die Damen schon sehr lange kenne.

Rosemarie war froh, als das Mahl zu Ende war. Ihr Verlobter hatte in der aufmerksamsten Weise auf ihre Wünsche geachtet, sie wollte das gar nicht und wehrte ihm ab, was er auch der fremden Dame erwiesen hätte aus einfachen Höflichkeitsgründen.

Der Kaffee wurde in kleinen Mokkaschälchen im Salon gereicht. Auf einem Tischchen lag ein großes Album. Der junge Arzt schlug es auf.

„Wenn Sie Interesse haben, Herr Graf? — Es sind Aufnahmen von der Reise dabei, die ich im Sommer mit meiner Schwester gemacht habe. Wir waren in den Dolomiten. Sie ist eine prachtvoll ausdauernde Bergsteigerin. Die Aufnahmen stammen fast alle von ihr."

„Gottlieb, bemühe doch den Herrn Grafen nicht. Er wird schwerlich Interesse für Dilettantenwerk haben", wehrte sie den Bruder.

„Sie sind im Irrtum, gnädiges Fräulein. Gerade solche Liebhaberaufnahmen interessieren mich sehr. Sie haben alle, ob gut oder schlecht, etwas Persönliches, lassen auf den Geschmack und die Neigungen des Amateurs schließen. Jeder sieht doch mit anderen Augen." Mit Begierde blätterte Hans Eckardt in dem Album. Es waren sehr gute und künstlerisch gesehene Aufnahmen, alle sorgfältig eingeklebt und darunter jedesmal eine kurze Notiz und das Datum.

Einige Bilder zeigten auch Rosemarie in Touristentracht allein oder mit dem Bruder. Fröhlich lachte sie dem Beschauer entgegen. Hans Eckardt konnte sich nicht sattsehen an der schönen, kräftigen Gestalt, dem sonnigen, frohen Gesicht. Einmal stand sie da, vor einer Schutzhütte, im Hintergrunde drohende kahle Felsen am Rande eines Herrn.

(Forts. folgt.)

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 28. März. **(Verschiedenes.)** In einer kürzlich ergangenen Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung hat das Reichsgericht die Frage, ob die Großbanken für die von den Vorstehern ihrer Depositenkassen selbständig erteilten Kreditauskünfte zu haften haben, bejaht, indem es die Depositenkassenvorsteher als satzungsmäßig bestellte besondere Vertreter im Sinne der §§ 30, 31 BGB. ansieht, für deren Handlungen trotz alb des ihnen zugewiesenen Geschäftsbereichs die Bank ohne weiteres einzustehen hat, und indem es ferner annimmt, daß dieser Geschäftsbereich auch die Erteilung von Kreditauskünften umfaßt.

*

Die Arbeitszeit der Angestellten.

Eine Verordnung der Regierung.

Das Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung hat eine neue Verordnung erlassen, die die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der Demobilmachung betrifft. Die Verordnung regelt bis ins einzelne die Beschäftigungszeit, die für Angestellte zugelassen wird, und im Zusammenhang damit zugleich die Zeit der Ladenschließung. Wir geben aus der Verordnung die folgenden Hauptgesichtspunkte wieder: Die Verordnung gilt für alle Arbeitgeber einschließlich der öffentlichrechtlichen Körperschaften, gleichgültig, ob durch den Betrieb eine Gewinnerzielung beabsichtigt ist oder nicht. Ausgenommen sind nur die Angestellten, die in öffentlich-rechtlichen Körperschaften gemeinsam mit Beamten beschäftigt werden, und für die die Dienstvorschriften der Beamten gelten. Für das Verkehrsgewerbe können Ausnahmen auf Grund von Vereinbarungen zwischen Betriebsleitungen und Arbeitnehmerverbänden getroffen werden. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit, ausschließlich der Pausen, darf acht Stunden nicht überschreiten. Eine geringere Arbeitszeit am Sonnabend kann durch Erhöhung der Arbeitszeit an den anderen Wochentagen ausgeglichen werden. Beginn und Ende der Arbeitszeit sollen vom Arbeitgeber im Einverständnis mit dem Angestelltenausschuß geregelt werden, ebenso die Innehaltung bestimmter Arbeitspausen, die die Verordnung je nach der Länge der Arbeitszeit festlegt. Ausnahmen, in denen eine längere Arbeitszeit zugelassen wird, bilden Notfälle, Arbeiten im öffentlichen Interesse sowie Arbeiten zur Verhütung des Verderbens von Waren oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen. An 20 Tagen des Jahres, die der Arbeitgeber bestimmen kann, dürfen Angestellte über die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit beschäftigt werden, jedoch höchstens 10 Stunden täglich und nicht länger als bis 10 Uhr abends. Durch Tarifvertrag ist eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit und der Ueberstunden zulässig, jedoch auch nur in bestimmten, durch die Verordnung einzeln aufgeführten Grenzen. Die Verordnung bestimmt ferner, daß von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens offene Verkaufsstellen, mit Ausnahme der Apotheken, für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Die Ortspolizeibehörde kann für 20 Tage des Jahres ein längeres Offenhalten der Verkaufsstellen zulassen. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 2000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Die Verordnung tritt am 1. April d. J. in Kraft.

*

Die Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit im Bergbau, die zuerst von Bergleuten der Hamborner Zechen durchgeführt wurde, macht Schule. Insgesamt wird bis jetzt auf einem Drittel aller Ruhrzechen die sechsstündige Arbeitsschicht von den Bergleuten selbständig verfahren.

Außer der bereits mitgeteilten Freigabe der Eier für den Handel soll auch **die Zuckerrationierung zum großen Teil aufgehoben** werden. Es bleibt nur noch etwa 7/12 unserer Zuckerproduktion beschlagnahmt und der behördlichen Verteilung vorbehalten, während der übrige Teil dem Handel freigegeben wird. Für den Verkauf dieses freigegebenen Zuckers werden Richtlinien ausgearbeitet, an denen die Hamburger Zuckerhandelsfirmen mit beteiligt werden. Der Zuckerüberpreis soll um 4,50 bis 5 Mk. pro Zentner erhöht werden.

Dortmund, 27. März. **Fünf Gleichstrommotoren gestohlen** wurden nachts auf der Dortmunder Zinkhütte. Durch drei Polizeibeamte wurden in zwei Althandlungen die gestohlenen Gegenstände ermittelt. Als Diebe konnten vier auf der Zinkhütte beschäftigte Arbeiter festgenommen werden.

Lichtendorf, 27. März. **Pferdediebe** statteten dem Landwirt Hakenkamp hierselbst einen Besuch ab und wollten zwei schwere Pferde aus dem Stall verschwinden lassen. Die Diebe waren gerade im Begriff, die Tiere vor einen bereitstehenden Milchwagen zu spannen, als sie von einem Dienstmädchen bemerkt wurden. Durch Abgabe mehrerer Schreckschüsse wurde das lichtscheue Gesindel vertrieben.

Menden, 27. März. **(Revolverheld.)** Dienstag nachmittag wurde der Auktionskommissar Heinrich Räber von dem Schreiner Johann Wandel in dessen Wohnung durch einen Schuß aus einem Revolver am Kopfe schwer verletzt. Der zu Hilfe herbeieilende Polizeisergeant Metz erhielt von Wandel einen Schuß in den rechten Oberarm, dessen Knochen zersplittert wurde. Nachdem der Täter überwältigt war, versuchte er im Arrestlokal den Polizeibeamten Soth zu erschießen. Der Beamte schlug auf die Waffe, die sich infolgedessen entlud. Die Kugel drang Wandel in den Unterleib. Der schwer verletzte Täter wurde mit seinen beiden Opfern in das Krankenhaus gebracht.

(TBO) **Hattingen**, 25. März. **(Lauseferien.)** Die Schule in Niederwagern hat auf sechs Wochen geschlossen werden müssen, weil die Klassen durch Kleiderläuse ganz verseucht sind, die durch heimgekehrte Soldaten eingeschleppt worden waren.

Bochum, 27. März. **Die vier Bergarbeiterverbände** haben der Reichsregierung eine Eingabe zugehen lassen, in der sie die Schaffung eines Reichsknappschaftsvereins fordern. Darin heißt es, daß das in Aussicht gestellte Reichsberggesetz so beschaffen sein müßte, daß im Rahmen desselben ein Reichsknappschaftsgesetz zustande käme, in welchem nachstehende Forderungen zu berücksichtigen wären: 1. Erhöhung des Krankengeldes, 2. Freie Arztwahl, 3. Aufnahme aller Bergarbeiter in die Krankenkasse, soweit sie nicht über 66⅔ Prozent erwerbsunfähig sind, 4. Unfähigkeit zur Arbeit unter Tage muß als Berufsunfähigkeit gelten, 5. Auf Antrag muß nach 25 Dienstjahren die Pensionierung ohne Nachweis der Berufsunfähigkeit erfolgen, 6. Erhöhung der Pensionen für Invaliden, Witwen und Waisen, 7. Erhöhung des Sterbegeldes, 8. Ersatz des vollen Lohnausfalles bei Untersuchungen bezw. Krankenhausbeobachtungen, 9. Kapitalabfindung bei Wiederverheiratung der pensionsberechtigten Witwen, 10. Familienkrankenhilfe durch die knappschaftliche Krankenkasse.

*

60. Westfälischer Provinziallandtag.

Münster, 27. März. Dienstag wurde die dritte Vollsitzung von dem Vorsitzenden Fürst zu Salm-Horstmar eröffnet. U. a. wurde die Provinzialsteuer auf 14,5 v. H. (i. V. 13,5) festgesetzt. Zur Stärkung der Landesbank soll eine Anleihe von 250 Millionen Mk. aufgenommen werden, wofür bei dem zuständigen Ministerium die Genehmigungsurkunde zu erwirken ist. Für die beiden katholischen Arbeiterkolonien der Provinz werden je 10 000 Mk. als Beihilfe bewilligt. Die neugeschaffene Landesratsstelle wurde Assessor Dr. Jung übertragen. Für Kriegsbeschädigtenfürsorge sind etwa 900 000 Mk. verbraucht worden, die von der Provinz aufgebracht und zum Teil aus der Ludendorffspende entnommen worden sind. Der Eingabe des Provinzialverbandes der Kriegsbeschädigten Westfalens in Dortmund um Sonderzuweisung von Lebensmitteln für Kriegsbeschädigte und der Einstellung von Kriegsbeschädigten als Straßenwärter wurde beigetreten. Die Straßenwärter sollen den Eisenbahnhilfsarbeitern im Gehalt gleichgestellt werden. Zum Schluß nahm Fürst zu Salm-Horstmar das Wort und führte u. a. aus: Wenn die Absicht der Regierung: die Provinzialverwaltungen aufzulösen, verwirklicht werden sollte, dann werden wohl nur wenige der heutigen Abgeordneten im nächsten Jahr wieder in diesem Hause erscheinen. Der neue Landtag wird nicht friedlicher, sachlicher, selbstloser, sparsamer und nicht mit größerer Liebe für unsere Heimatprovinz und für alle Teile unseres Vaterlandes arbeiten, als es der gegenwärtige Landtag und der gegenwärtige Provinzialausschuß getan hat. (Zustimmung.) Wir sehen mit erhobenem Haupt dem Beweis des Gegenteils entgegen. Der Landtagskommissar, Oberpräsident Prinz zu Ratibor und Corbey, schließt sodann die Tagung und führt u. a. folgendes aus: Die Auflösung und Neuwahl ist binnen kurzem zu erwarten. Da drängt es mich, der wärmsten Anerkennung Ausdruck zu geben, daß das Haus sich bei diesen Beratungen unter der vorbildlichen Leitung seiner bewährten Vorsitzenden bei Fernhaltung von Parteiungen und Sonderbestrebungen allein immer von strenger Sachlichkeit hat leiten lassen und ohne Engherzigkeit und Kleinlichkeit die Förderung des Wohles der Provinz mit der gebotenen Rücksicht zu vereinigen gewußt hat. Mit Freude werde ich stets der durch keinen Mißklang getrübten vertrauensvollen Zusammenarbeit gedenken. Welch hohen Anteil die ausgezeichnete Tätigkeit der Provinzialverwaltung und besonders ihres Leiters gehabt hat, das ist Ihnen allen bekannt. Ich teile aufrichtig ihr schmerzliches Bedauern darüber, daß der Landeshauptmann Dr. Hammerschmidt sich gezwungen sieht, sein Amt niederzulegen. Im tiefen Dunkel liegen die kommenden Zeiten vor uns. Möge sich auch der demnächst auf veränderter Grundlage gewählte Provinziallandtag aus solchen Männern zusammensetzen, denen das Wohl der Provinz und der Allgemeinheit über alles geht.

*

Münster, 25. März. **Eine gute Beute** machten Diebe, die in der Nacht in die Stallung der Kolonialwarenhandlung Unterbrink auf der Aegidistraße einbrachen. Es fielen ihnen fünf Schweine mittlerer Größe und über 20 Hühner in die Hände.

Essen, 18. März. **Ein frecher Raub** wurde in der Nacht bei der Kriegerwitwe Engelmann von hier ausgeführt. Gegen 10 Uhr drangen zwei Kerle in das ziemlich einsam gelegene Gehöft und erpreßten unter Drohung mit einer Schußwaffe sämtliche Fleisch- und Wurstwaren, sowie 60 Mk. in bar. Die Bestohlene mußte Türen und Behältnisse öffnen.

** **Remscheid**, 20. März. **Gegen die angedrohte Besetzung** von Remscheid durch die Engländer hatten neben der Stadtverwaltung die Bergische Handelskammer, der Bergische Fabrikantenverein und der Arbeitgeberverband für Remscheid und Umgegend Einspruch erhoben mit dem nachdrücklichen Hinweis darauf, daß Remscheid der Hauptsitz der deutschen Werkzeug-Industrie sei und daß es wirtschaftliche Störungen hervorrufen müsse, wenn dieser Bezirk vom übrigen Deutschland abgeschnitten würde. Darauf ist folgende Drahtantwort der Waffenstillstandskommission hier eingegangen: „Es liegt kein Grund vor, die Besetzung Remscheids durch die Engländer zu befürchten, da die Verträge sie hierzu nicht berechtigen. Aufklärung ist eingeleitet. Hammerstein."

** **Duisburg**, 20. März. **Bei der belgischen Brückenüberwachung in Ruhrort** sind seit Samstag zwei belgische Beamtinnen tätig, die weibliche Passanten auf die Mitnahme von Gegenständen, Briefen und Zeitungen ins besetzte Gebiet und aus diesem untersuchen.

** **Krefeld**, 20. März. **Der Geschäftsführer** Passauer vom Warenhaus Leonhard Tietz ist vom belgischen Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis und 5000 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil in der Spielwarenabteilung des Warenhauses Bleisoldaten vorgefunden wurden, die einen Kampf zwischen deutschen Feldgrauen und ihren Gegnern darstellten, bei dem letztere nicht besonders gut abschnitten. Passauer ist jetzt aus der Haft entlassen worden, nachdem die Firma Tietz eine Sicherheit von 100 000 Mark hinterlegt hat.

M.-Gladbach, 24. März. **Der Ortskommandierende der Besatzungstruppen** erläßt folgende Bekanntmachung: Wie ich erfahren habe, sind noch nicht alle Schußwaffen auf dem Bürgermeisteramt abgeliefert worden. Es wird in allen Fällen eine neue Haussuchung abgehalten. Wer noch im Besitze von Schußwaffen betroffen wird, ist der Todesstrafe verfallen.

Weitere Nachrichten.

Wilson droht mit einem Sonderfrieden.

TU **Rotterdam**, 27. März. Es geht aus den Mitteilungen der englischen und amerikanischen Presse deutlich hervor, daß diese beiden Länder die Südslawen gegenüber Italien unterstützen. Von verschiedenen Seiten wird berichtet, Wilson habe durchblicken lassen, daß, wenn diese Streitereien zwischen den Verbündeten fortdauern, die Vereinigten Staaten sich gezwungen sehen könnten, mit Deutschland einen Sonderfrieden zu schließen und die anderen ihrem Schicksal zu überlassen.

Die Zukunft der Offiziere.

In letzter Zeit ging ein Gerücht um, aktive Offiziere erhielten die Aufforderung, zum 1. 4. 1919 freiwillig ihren Abschied zu nehmen, widrigenfalls sie zwangsweise pensioniert würden. Das Kriegsministerium teilt mit, daß dies nur auf ein Mißverständnis beruhen kann. Bei der in Aussicht stehenden Verringerung unseres zukünftigen Heeres muß naturgemäß eine Anzahl von Offizieren trotz noch vorhandener Diensttauglichkeit ausscheiden. Etwa an Offiziere ergangene Anfragen wegen ihres Ausscheidens erfolgen lediglich zu dem Zweck, die erforderliche sachgemäße Unterlage für die Meiterbehandlung dieser Frage zu schaffen. Die Versorgung und Pensionsansprüche der Offiziere behalten wie die der Beamten volle Gültigkeit. Augenblicklich schweben Verhandlungen darüber, wie Offizieren und Beamten, die auf Grund der Heeresverminderung ausscheiden gezwungen sind, die Uebergangszeit durch geeignete Maßnahmen erleichtert werden kann. Bevor die Klärung dieser Frage erfolgt sei, wird niemand zum Ausscheiden gezwungen.

*

— **(Die Lebensmittelschiffahrt gesichert.)** Trotz der anfangs hartnäckigen Weigerung eines großen Teiles der Seeleute, die deutschen Handelsschiffe nach England und Frankreich zu überführen, ist die Ausreise der an die Verbündeten abzuliefernden Schiffe gewährleistet. Nachdem bereits gestern und vorgestern mehrere Hankdampfer von Bremen bezw. Bremerhaven ausliefen, sind heute morgen die Lloyddampfer Zeppelin, Prinz Friedrich Wilhelm und Waldemar in See gegangen. Der Dampfer Meiningen wird heute nachmittag folgen. Für morgen ist die Ausreise der Lloyddampfer Prinz Ludwig, Wiesbaden, Frankfurt und Altenburg angesetzt. Die übrigen Dampfer des Norddeutschen Lloyd verlassen Bremerhaven, sobald sie reisefertig sind.

— **(Die Kohlenpreiserhöhung.)** In der Nationalversammlung brachte der sozialistische Abgeordnete Trimborn die Anfrage ein, ob im Reichswirtschaftsministerium bekannt sei, daß das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat eine starke Erhöhung der Kohlenpreise vorzunehmen beabsichtige und was man zu tun gedenke, um die drohende Preiserhöhung in angemessenen Grenzen zu halten.

— **(Das Standrecht in Spanien.)** Ueber ganz Spanien ist das Standrecht verhängt worden.

— **Ein schweres Unglück** ereignete sich in der Dresdener Zigarettenfabrik Yenidze. Ein vollbesetzter Fahrstuhl stürzte aus noch unermittelter Ursache vom 5. Stockwerk in das Kellergeschoß. Dabei wurden 6 Frauen getötet und 29 Arbeiter mehr oder weniger schwer verletzt. Man vermutet, daß die Welle, über die das Haltseil läuft, schadhaft geworden war und gerissen ist.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 27. März. **(Theaterabend.)** Vielfachen Wünschen Rechnung tragend, hat sich der Dilettanten-Verein „Concordia"-Kamen entschlossen, am 13. April im Schützenhof einen Theaterabend zu veranstalten. Zur Aufführung gelangt das flotte Schauspiel „Fridolin", oder „Der Gang zum Eisenhammer" und außerdem noch ein Einakter und Duette. Anschließend ist Ball vorgesehen. Trotz der hohen Unkosten hat der Verein die Eintrittspreise nicht erhöht. Vorverkaufskarten sind schon jetzt bei den Mitgliedern zu haben. Alles Nähere ist aus dem späteren Inserat und den Plakaten ersichtlich.

Redaktions-Briefkasten.

H. 19 in Kamen. Bespritzen der Fußböden mit Petroleum vertreibt die Ameisen, Aufstellen von geriebenem weißem Zucker, mit Schwefel vermischt, vernichtet dieselben. Papier mit Alaun- oder Kampferlösung angefeuchtet und in die Schränke gelegt, vertreibt dieselben ebenfalls. Kommen die Tiere durch Tür oder Fenster herein, so hilft ein sonderbares und höchst einfaches Mittel. Es ist nur nötig, quer über die Schwelle bezw. das Fensterbrett einen kräftigen Kreidestrich zu ziehen, den die Ameisen nicht betreten.

Synagogengemeinde Kamen.

Freitag abend: 6.30 Uhr, Samstag morgen: 10 Uhr.

Auf Burg Dymeck.

Roman von Ilse-Dore Tanner.

(Nachdruck verboten.)

8. Fortsetzung.

Henny fuhr in dem Briefe fort:

„Hier ist leider kein Fahrweg", meinte er. „Sie sind ja nun auch gleich daheim." Auch bei ihm bedankte ich mich natürlich sehr und reichte ihm meine Hand, und dabei fiel mir auf, daß er ganz riesengroße, braune, harte Hände hatte, wie ein Arbeitsmann. Er sprang dann wieder auf den Wagen und war im Nu verschwunden, und ich ging etwas bedrückten Gemüts der Burg zu.

In der Halle kam mir Konrad schon ganz ängstlich entgegen: „Frau Gräfin wartet schon." Klopfenden Herzens trat ich ins Eßzimmer, wo Tante Klarissa schon an der Spitze der Tafel thronte. Ich sagte schnell, ehe sie das Wort ergreifen konnte: „Entschuldige, liebe Großtante, daß ich dich warten ließ, ich hatte mich im Walde verirrt; Herr von Wackerath hat mich nach Hause gebracht, er, — —" Mir blieb plötzlich das Wort im Halse stecken, denn Tante Klarissa hatte sich halb erhoben, die zitternden Hände auf die Tischplatte gestützt, und ihr Gesicht war fast so weiß wie das Tischtuch: „Wer hat dich nach Hause gebracht — wer?" schrie sie mich an. — „Herr von Wackerath", sagte ich zitternd. — „Du — du warst in Elmenhaus?" „Wie das Gut heißt, weiß ich nicht, ich hatte mich doch verirrt", sagte ich und fühlte, daß mir die Tränen herunterliefen.

Die Tante ließ sich auf ihren Stuhl zurückfallen und sah dann eine ganze Weile in eine Ecke des Zimmers mit einem Gesicht — einem Gesicht, daß ich kaum zu atmen wagte. Dann sagte sie plötzlich, und ihre Stimme war so scharf, daß sie mir durch und durch ging: „Wenn du noch einmal nach Elmenhaus gehst oder mit einem aus dieser Familie sprichst, so verläßt du in derselben Stunde mein Haus. So, und nun setz dich hin, wir wollen essen."

Daß ich an diesem Abend nichts essen konnte und viele Tränen mit hinunterschluckte, kannst Du Dir denken lieber Bruno, und dabei war ich so wütend auf Tante Klarissa — denn ich konnte doch wirklich nicht ahnen, daß sie mit der Familie von Wackerath irgend etwas vor hat, und eine Gefangene bin ich doch nicht. Aber natürlich war ich zu feige, etwas zu sagen. Nach dem Essen forderte sie mich nicht wie sonst auf, ihr noch das Kreisblatt vorzulesen, und so küßte ich ihr die Hand, sagte „gute Nacht" und ging hinauf in mein Zimmer.

Trotzdem ich bald zu Bett ging, konnte ich lange nicht einschlafen, ich mußte zuviel an mein Erlebnis denken und grübelte darüber nach, was wohl die Tante gegen die Familie von Wackerath haben könne. Auch in der Nacht schlief ich unruhig, und einmal stand ich sogar auf, um mir vom Tisch ein Glas Wasser zu holen. Dann trat ich ans offene Fenster und — Du darfst mich nicht auslachen, Bruno, denn es ist wirklich wahr — und sah ganz deutlich Licht im alten Turm. Mein Herz blieb fast stehen vor Schreck, und es lief mir eiskalt den Rücken herunter, und ich mußte wie gebannt immerfort hinsehen. Und wenn Du zehnmal sagen wirst, es sei Einbildung, ich habe geträumt oder es sei das Mondlicht, das sich in den Scheiben spiegelte, es ist doch wahr, daß es das Licht einer Lampe oder einer Laterne war. Zuerst bewegte es sich hin und her als trüge es jemand herum, dann blieb es still an einer Stelle im Turmzimmer. Ich wartete und wartete, aber nichts rührte sich mehr, da ging ich schließlich wieder ins Bett zurück, nachdem ich vorher das elektrische Licht angeknipst hatte, denn ich graulte mich entsetzlich und schlief erst am Morgengrauen wieder ein.

Heute morgen bei hellem Sonnenlicht kam mir meine Furcht lächerlich vor, denn ich glaubte natürlich nicht an Spukgeister und ich bin überzeugt, es wird sich alles ganz natürlich aufklären.

Als Frau Schroth heraufkam, um mir beim Frisieren zu helfen, faßte ich mir ein Herz und erzählte ihr, was ich bemerkt hatte. Sie lächelte spöttisch: „Gnädiges Fräulein werden geträumt haben oder es war der Mond." Da sagte ich ganz bestimmt: „Geträumt habe ich nicht, und der Mond war es auch nicht", worauf sie die Achseln zuckte und in einem niederträchtig höhnischen Ton meinte: „Ja bewohnt ist der Turm nicht, nochwonbeln tut hier niemand, und Gespenster haben wir hier leider auch nicht." Ich blieb stumm, aber innerlich war ich wütend auf die unleidliche, unverschämte Person.

Als ich nachher im Garten wie alle Morgen einen kleinen Schwatz mit dem Gärtner machte, dem einzigen zugänglichen, freundlichen Menschen hier, erzählte ich von meiner Beobachtung. Da meinte er: „Ja, Freileinchen, dat weit ick all lang, dat's in den Turm spöken tut, wenn's auch die olle Schrothen nich wahr haben will. Die Leut unnen int Dorf seggen, da het mal vor hunnert Jahr een' Gräfin Dymeck ihr eigen Mann umgebracht and seitdem da hat sie nun keene Ruh nich mehr — wahr könnt's schon sin, aber gesehn hat ihr keen Mensch noch nich."

Du brauchst gar nicht zu lachen, Bruno, natürlich glaube ich das nicht, aber Du siehst doch daraus, daß ich mir nichts eingebildet habe.

Und nun sollst Du mal meinen Mut bewundern. Heute nach dem Frühstück, als die Tante sich zum Schlafen hingelegt hatte und ich Frau Schroth hatte mit Hut und Mantel ins Dorf gehn sehen, untersuchte ich die Tür am Ende des Ganges, an dem mein Zimmer liegt. Es steckte ein rostiger Schlüssel darin, der sich nach einiger Anstrengung umdrehen ließ. Ich öffnete die Tür und stand zu meinem Erstaunen auf einer Art Plattform, von der eine kleine Steintreppe in den Gang hinunterführte, den ich vor einigen Tagen mit Tante Klarissa gegangen war. Ich stieg hinunter und schritt mutig dem Turm zu, mich überall umsehend, ob ich nicht irgendwelche Spuren entdeckte. Ich kletterte die Treppe zum Turmzimmerchen empor, freute mich oben wieder an dem schönen weiten Ausblick und dem reizenden, romantischen Gemach und konnte absolut nichts Besonderes entdecken. Nach kurzer Zeit ging ich wieder zurück, denn ich wollte nicht noch einmal Tante Klarissas Zorn auf mich laden.

Meine Gangtür liegt also fast genau über der Tür, durch die Tante und ich damals zum Turmgang gelangten, ich hatte die kleine Treppe nur nicht gemerkt, da das Mauerwerk an der Stelle so etwas wie einen Vorsprung hatte. —

So, lieber Bruno, nun habe ich dir mein Herz ausgeschüttet, und Du weißt nun, daß es gar nicht so leicht ist, Erbnichte zu werden, und daß ich vorläufig noch keinen Grund habe, mich über Langeweile zu beklagen. Die Geheimnisse von Burg Dymeck möchte ich für mein Leben gern ergründen!

Es grüßt und küßt Dich

Deine Schwester Henny.

(Fortsetzung folgt.)



Heute morgen 11 ½ Uhr verschied plötzlich und unerwartet infolge Unglücksfalles unser lieber, guter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Heinrich Löbbe

im Alter von 60 Jahren.

In tiefer Trauer:

Otto Ruckebier
Auguste Ruckebier geb. Löbbe
Luise Ruckebier.

Kamen und Hamm, den 26. März 1919. 1198

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. März, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause, Zwischenstrasse 9, aus statt.



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Dass man vom Liebsten, das man hat, muss scheiden.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse entschlief sanft und gottergeben nach längerem, schwerem Leiden heute morgen ½10 Uhr meine innigstgeliebte Gattin, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Ehefrau Wilhelm Lepper

Karoline geb. Brockhaus

im Alter von 58 Jahren.

Dieses zeigen tiefbetrübt an mit der Bitte um stille Teilnahme

Die trauernden Hinterbliebenen.

Methler, Speldorf und Essen, den 27. März 1919.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. März, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause aus in Methler statt. 1206

Trauer-Briefe

und andere Trauer-Drucksachen

werden sofort nach Bestellung angefertigt.

Kamener Zeitung G. m. b. H.

Geschäftsstelle: Weststraße 10.
Druckerei: Unnaer Straße 163.

Bekanntmachung.

Verkauf von Nähfäden.

Die in der Kundenliste in dem Geschäft F. W. Heineke eingetragenen Haushaltungen und Gewerbebetriebe können gegen Ablieferung der mit dem Stempel Nähfäden und mit dem Stempel der Firma Heineke versehenen besonderen Ausweise (weiße Farbe) daselbst das eingegangene Nähgarn bezw. Stopfgarn sofort abholen. 1208

Kamen, 25. März 1919.

Der Bürgermeister: Dr. Wiesner.

Bekanntmachung

betreffend Erweiterung der Luxussteuerpflicht.

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 16. Januar 1919 — § 25 der Protokolle — auf Grund des § 11 des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 1918 (Reichsgesetzbl. S. 779) beschlossen:

Im § 16 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetze (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 26. Juli 1918, Zentralblatt für das Deutsche Reich 1918 S. 229) wird der jetzige Abs. 2 gestrichen und werden folgende neue Bestimmungen als Abs. 2 und 3 hinzugefügt:

„(2) Den Teppichen wird jede Art von Fußbodenbelag oder Wandbespannung gleichgestellt, gleichgültig, ob der dazu dienende Stoff abgepaßt ist oder als Meterware geliefert wird.

(3) Auf die Art des Stoffes, aus dem der Teppich oder der sonstige Fußbodenbelag oder die Wandbespannung besteht, kommt es nicht an, auch Fußbodenbeläge aus Linoleum, Papierstoff, Mattengeflecht fallen unter § 8 Nr. 10 des Gesetzes."

Vom 8. Februar 1919 — II. 2486. —

Veröffentlicht! 1191

Kamen, den 22. März 1919.

Der Arbeiterrat: Strelinski. Das Umsatzsteueramt: Dr. Wiesner.

Alle **Bürsten-waren Bindfaden** (Hanf u. Papier) kaufen Sie sehr vorteilhaft bei

Carl Müller, Kamen. 1209

Maschinelle Anfertigung von Hohlsäumen

in Wäsche und Kleidern, sowie von Knöpfen in allen Formen u. Größen.

Handstickerei

Frau H. Flesch, Unna, Krummfuß 9 bei der evangl. Kirche. 1181

Hosenträger

in guter Qualität empfiehlt 1201

Friedr. Möcking, Nordstr. 34.



Freitag, Samstag, Sonntag und Montag sind

große und kleine Schweine

zu haben bei 1297

H. Bonhoff, Kamen, Unnaerstraße.

Zu verkaufen.

Umzugshalb zu verkauf. eine zusammenlegb. eiserne **Gartenlaube** m. Tisch u. Bänken, **eine Schiebkarre** m. Holzkast., **1 dreifenstriges Mistbeet, 1 Kaninchenstall (3 teilig).** **Kilian, Bergkamen,** 1174 Kaiserstr. 133, Nähe Wirtschaft Spielhoff.

---

4 Legegänse und Gänserich

zu verkaufen. 1181

Bergkamen, Kirdorfstraße 16.

Ab Donnerstag morgen tragende 1176

Ziegen und Lämmer

zu verkaufen oder auf schlachtbare zu vertauschen.

Sternberg, Schulstr. 5

---

3 gut erhaltene große **Bilderrahmen** mit Glas sind billig zu verkaufen. 1173

Heinrich Jörst, Bergkamen, Hohenzollernstraße 58.

Wegen Fortzug **1 starker Sportwagen,** (weiß) **Nähtischchen Makagoni, Barometer, Kaffeekessel, 3 Kaninchenställe** Einzelstallung, zu verkaufen. 1200 **Weststr. 22.**

Kauf-Gesuche.

Eine gut erhaltene

Zentrifuge

zu kaufen gesucht.

Angebote unter **C. F. 1189** an die Geschäftsstelle.

Siegellack

in guter Qualität
:: empfiehlt ::

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Theaterverein „Kamen".

Sonntag, den 30. März 1919

Schützenhof W. Reinhard.

Das glänzende Lustspiel in 3 Akten

Der Schuster als Prinz

und das übrige Programm, anschliessend

Walzerabend.

1203

Kassenöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Karten im Vorverkauf zu haben bei: Friseur Stunk, Zigarrengeschäft Walter, Wirt W. Reinhard, Kamen und Friseur Grosser, Bergkamen.

Preis 1,25 Mk. an der Kasse 1,50 Mk.

Näheres durch die überall ersichtlichen Plakate.

Echte Gummi-Fahrrad III Bereifung III

gibt es noch lange nicht, aber die bewährten

Spirala-Radreifen

sind wieder zu haben.

300000 St. verkauft! Bester Beweis für unsere

Original-Spirala-Reifen.



Passend für jedes Rad. **Nur 7.75** per Stück direkt ab Fabrik per Nachnahme. Verlangt kostenlos Prospekt v.

Radreifenfabrik Spirala 26. Berlin, Neue Königstr. 10.

Teppiche, Portieren

jeder Art und Grösse werden entstaubt, gereinigt gefärbt, auf neu appretiert, von Motten befreit.

Färberei 97

Galluschke

Kamen, Weststr. 88.
Unna, Bahnhofstr. 20.

Stellen-Angebote.

Tüchtige Zimmerleute und **Bauschreiner** 1165

auf sofort gesucht.

H. Fiene, Kamen Maschinenschreinerei.

Zum 1. April für kleinen Haushalt ein ev.

Mädchen

im Alter von 15—17 Jahren gesucht. 1175

Zu erfr. in der Geschäftsst. der Kam. Zeit.

Ein in allen landwirtschaftlichen Arbeiten erfahrenes, fleißiges

Mädchen

zum 1. Mai gesucht.

Zu erfr. in der Geschäftsst.

Die erkannte Person, die mir am Montag abend an der Wirtschaft Wellhausen, Bergkamen, mein Fahrrad gestohlen hat, wird ersucht, dasselbe bis Samstag abend dort abzugeben, andernfalls Anzeige erfolgt. 1202

S. Winkler.

Achtung! Achtung!

Samstag, den 29. März, abends 7 Uhr, großer

Zünder-BALL





beim Wirt H. Nagel, Westentor.

Vorverkauf 1.—Mk. An der Kasse 1.25 Mk.

Es laden freundlichst ein 1213

Die Veranstalter.

Alle Vereine

geben ihre Veranstaltungen zweckmäßig in der „Kamener Zeitung" bekannt. Die starke, ständig zunehmende Verbreitung der K. Z. in allen Schichten des Landkreises Hamm sichert einen guten Besuch der Veranstaltungen, wodurch die Insertionskosten mehrfach gedeckt werden.

Bekanntmachung.

Am Samstag, den 29. März 1919, nachmittags 3 Uhr, findet in Lenningsen, auf dem Hofe des Gastwirts Reichenbach, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs, die Besichtigung und Prämiierung der seitens der Körkommission ausgewählten Bullen statt.

Hamm (Westf.), den 25. März 1919.

Der Landrat: J. V.: v. Winterfeld.

---

la. rote Ringofensteine

sofort lieferbar durch

Weddinghofener Ringofenziegelei.

Anfragen wolle man richten an Wilhelm Potthoff, Lünen, Lutienhütte.